

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Beschlüsse des Verbandstages der Konsumvereine.

Auf dem Verbandstag, den der Zentralverband österreichischer Konsumvereine letzten Sonntag in Wien abhielt, wurden bei der Diskussion über „Kriegswirtschaft und Zukunft des Genossenschaftswesens“ mehrere Anträge aus der Mitte der Versammlung gestellt und zum Beschluß erhoben. Der erste, von Emmy Freundlich gestellte und begründete Antrag betrifft unsere künftige Handelspolitik und den Ausgleich:

Beschluß zur Frage der Handelspolitik.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat den Konkurrenzkampf der Unternehmer in entscheidenden Produktionszweigen abgelöst durch die marktbeherrschende Organisation der Kartelle. Wirkte die Konkurrenz auf Verbilligung der Preise, so hat die Organisation des Kapitals in Kartellen und Syndikaten den hohen Preis zum Ziele. Dieser hohe Preis wird gesichert, indem der innere Markt absolut beherrscht wird. Deshalb fordert die kar-

tellerte Industrie den Schutzoll nicht mehr als Erziehungszoll, sondern als Mittel zur Beherrschung des Inlandsmarktes und zur Eroberung auswärtiger Märkte.

Gleichzeitig wurde der landwirtschaftliche Schutzoll dank den sinkenden Exportmöglichkeiten der überseeischen Landwirtschaft aus einem Mittel der Rettung der heimischen Landwirtschaft zu einem Mittel der Ausbeutung der Konsumenten und zur Erhaltung alter, rückständiger Betriebsweisen in der Bodenkultur. Der Bund der kartellierten Schwerindustrie und der großen Agrarier hat 1906 zur Verschärfung der Hochschutzzollpolitik geführt. Steigende Lebensmittelpreise und verminderte Arbeitsgelegenheit, Verkümmern des inneren wie des äußeren Marktes kennzeichnen seitdem den Weg unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Verbandstag der österreichischen Konsumvereine fordert, daß die Grundlagen unserer Zoll- und Handelspolitik geändert und den Bedürfnissen der konsumierenden Massen angepaßt werden. Es darf nicht allein das angebliche, mißverständliche Interesse der Produzenten, es muß in unserer Handelspolitik vor allem das Interesse der konsumierenden Bevölkerung berücksichtigt werden, das mit den dauernden Interessen der Produktion zusammenfällt. Der Zentralverbandstag fordert deshalb die Aufhebung der Getreidezölle, die Aufhebung jeder Kontingentierung der Vieheinfuhr, die Gestattung der Einfuhr von lebendem Vieh. Neben der Herabsetzung des Kornzollers erscheint uns die Aufhebung der Kartellzölle, vor allem der Eisenzölle, dringend geboten.

Die österreichische Handelspolitik wird festgelegt durch die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn. Der Verbandstag erwartet, daß die österreichische Regierung die Zoll- und handelspolitischen Interessen der österreichischen Industrie und der Konsumenten beider Staatsgebiete in den Verhandlungen erfolgreich zur Geltung bringt und durch Beseitigung der Agrar- und Kartellzölle, durch die innigste wirtschaftliche Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich und den Balkanstaaten dem Volke im Frieden Brot und Arbeit und der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung des Reiches freie Bahn schafft.

Von Pohl (Graz) wurden die Aufgaben der Konsumvereine in der Volksernährung ausführlich erörtert. Die Ergebnisse der Debatte über diesen Punkt faßt folgender von Pohl gestellter Antrag zusammen:

Beschluß zur Volksernährung.

Die Fürsorge für die Volksernährung gestaltet sich im dritten Kriegsjahr naturgemäß täglich schwieriger; die lange Dauer des Krieges macht die schon bisher unzureichenden behördlichen Maßnahmen täglich unzulänglichlicher. Die Konsumvereine der Arbeiter, die den verantwortungsvollen und aufreibenden Dienst vollziehen, die arbeitende Bevölkerung mit dem notwendigsten Lebensbedarf zu versorgen, fordern bei dieser gemeinnützigen Pflichterfüllung volle und vorbehaltlose Unterstützung durch die autonomen und staatlichen Behörden. Denn bei der schlimmsten Teuerung vermag der Besizende sich selbst zu helfen, die Arbeiter aber haben keine sichere Versorgungsmöglichkeit als durch ihre Selbsthilfsgenossenschaften.

Trotz aller Anfeindungen aus den Kreisen des privaten Handels und trotz überlieferter Voreingenommenheit lokaler Behörden haben die von der Regierung ins Leben gerufenen Zentralbehörden im großen Ganzen in der Zuweisung von Lebensmitteln den Genossenschaften Rechnung getragen.

Der Verbandstag erwartet, daß endlich in allen Instanzen und in allen Verwaltungsgebieten die zünftlerischen Vorurteile überwunden und dem Genossenschaftswesen der Arbeiter die gleiche Geltung und Förderung zuteil werde wie den gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Verwaltung des Ernährungswesens im allgemeinen leidet heute wie vom Anbeginn an Untergliederung und Zusammenhanglosigkeit. Die Höchstpreisfestsetzungen durchkreuzen einander, behördliche Maßregeln widersprechen sich vielfach je nach Amtsstellen und Amtsbezirken, lokale Abschließungsbestrebungen vereiteln den Ausgleich der Vorräte und die Gleichmäßigkeit der Versorgung. Ohne Vereinheitlichung des Dienstes können diese Uebel nicht behoben werden. Der Verbandstag fordert daher die unverzügliche Errichtung eines Ministeriums für Volksernährung, dem alle landesfürstlichen und autonomen Behörden ohne Vorbehalt untergeordnet werden, die Ausarbeitung eines einheitlichen Versorgungsplanes für alle Nährstoffe, auch für Vieh, Fleisch und Fett, eine durchgängige Verbrauchsregelung, die durch die Einschränkung des Ueberkonsums der oberen Schichten den Volksmassen die pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel in gleichem Ausmaß zugänglich macht, sowie ein einheitliches, erschöpfendes, innerlich zusammenhängendes Preisschema statt der heutigen willkürlichen, einander widersprechenden und lückenhaften Höchstpreise.

Zur Ausarbeitung des Versorgungsplanes der allgemeinen Verbrauchsregelung sowie des Preisschemas ist unverzüglich ein zentraler Ernährungsbeirat zu berufen, der zur Hälfte aus Vertretern des organisierten Konsums zu bestehen hat.

Dieser würde der nachstehende Zusatzantrag Wilhelm gestellt und angenommen: Gleichzeitig verlangen die organisierten Konsumenten eine gleichmäßige Vertretung in allen zentralen, landesfürstlichen und autonomen Beiräten und Körperschaften, die sich mit Ernährungs- und Approvisionierungsangelegenheiten zu befassen haben. — Ueber den Antrag wegen Verschmelzung der Wiener Konsumvereine haben wir schon berichtet.